

Micha Brumlik

Demokratie und Bildung

Neofelis Verlag

Inhalt

Einleitung: Demokratie in Zeiten der Krise // 7

Bildung, Demokratie, Postdemokratie.

**Wie Bildung und demokratisches Bewusstsein auch
in Zeiten wachsender Wirtschaftsmacht zusammenhängen // 20**

Humanistische Bildung und Demokratie // 21

Bildung // 32

Erziehung // 36

Demokratie // 38

Postdemokratie? // 47

Schule, Bildung und Demokratie // 54

Luther oder Comenius? // 54

Condorcet und Jacotot // 65

Bildung, Demokratie und Charakter – Pädagogik und Autoritarismus // 72

Klassische Positionen // 87

Individualität und Demokratie: Rousseau // 89

Der Anti-Rousseau: der Marquis de Sade // 104

Rousseau: ein totalitärer Demokrat? // 115

Hegel: Anerkennung und Bildung // 139

Anerkennung und Freiheit – Hegel oder Fichte? // 149

Demokratie als Lebensform: John Dewey // 152

Kritik von rechts: Dewey als Romantiker // 165

Kritik von links: Dewey, ein instrumenteller Denker? // 167

Konservative Kritik: Hannah Arendt // 174

Deweys Wirkungsgeschichte // 176

Demokratisches Bewusstsein: Lawrence Kohlberg // 180

Exkurs: Soziale Wirklichkeiten, *links* und *rechts* // 190

Empirische Befunde zu Deutschland und weltgesellschaftliche Perspektiven	// 193
Demokratischer Charakter und autonome Person	// 204
Deutsche Herausforderungen	// 210
Individualität, Demokratie, Weltgesellschaft	// 215
Bernfelds Einspruch	// 223
Evolution des Erziehungssystems?	// 227
Menschenwürde und Menschenrechtsbildung in der Weltgesellschaft	// 232
Schluss: Skeptische Aussicht – Skizze einer Gegenwartsdiagnose	// 242
Bibliographie	// 244

Einleitung: Demokratie in Zeiten der Krise

Vor zehn Jahren noch wäre dieses Buch, ein Buch unter dem Titel *Demokratie und Bildung*, ein völlig anderes geworden, genauer: hätte ich dieses Buch völlig anders geschrieben. Spätestens, allerspätestens seit der zunächst in den USA beginnenden Finanz-, dann der Eurokrise, zuletzt durch den Austritt Großbritanniens aus der EU und der Wahl Donald Trumps zum Präsidenten der USA scheint deutlich geworden zu sein, dass noch nicht einmal in nominell demokratischen Staaten eine Kultur, die man naiv als *demokratisch* bezeichnen könnte, tatsächlich existiert. Sogar in Deutschland scheint das bisher verlässliche Regelwerk, wie die verzögerte Regierungsbildung nach der Bundestagswahl 2017 zeigt, nicht mehr zu funktionieren. Die Diskussion ist gegenwärtig durch die Frage nach den Möglichkeiten demokratischer Herrschaft und demokratischen Lebens in Zeiten der Globalisierung und Digitalisierung gekennzeichnet. Dabei stehen sich Pessimist*innen und Optimist*innen gegenüber. So sehen Pessimist*innen in der mit der längst stagnierenden europäischen Einigung und der ökonomischen Globalisierung einhergehenden Auflösung des Nationalstaats zwar nicht das Ende demokratischer Lebensformen, wohl aber den Verlust des einzig möglichen politischen Rahmens für eine begründete Mitwirkung der den Gesetzen Unterworfenen an der Gesetzgebung an. Den empirischen Belegen für eine an nicht direkt gewählte zentrale europäische Organe vergebenden Regelungskompetenz, verbunden mit der zunehmenden Einsicht in die massive politische Einflussnahme noch nicht einmal indirekt gewählter Gremien wie etwa der Weltbank oder der Europäischen Zentralbank (EZB), setzen die Optimist*innen das Projekt einer regionalen und internationalen Zivilgesellschaft entgegen, die die entfallende Macht der Nationalstaaten ersetzen soll.

Mit Blick auf internationale Absprachen und die zunehmende Anerkennung auch von Nichtregierungsorganisationen wie Greenpeace oder Amnesty International bei den Gremien der Vereinten Nationen vertreten etwa der Soziologe Ulrich Beck und seine Schule¹ unter Berufung auf den US-amerikanischen Politikwissenschaftler David Held das Projekt einer transnationalen Demokratie.² Aber auch und gerade dann gilt in bildungstheoretischer Perspektive, dass die sozialisatorischen Strukturen der Lebenswelt in verschiedenen Kulturen dem entgegenkommen sollten, was auf die Frage von Demokratie als *Lebensform* verweist – das große Thema des amerikanischen Philosophen John Dewey.

Demokratie, wie auch immer man sie im Einzelnen bestimmen und wünschen möge, beinhaltet mindestens als Kern, dass eine in ihren Absichten aufgeklärte, wenngleich keineswegs einmütige Bürgerschaft sich in geregelten Verfahren einen Willen bildet und diesen Willen dann in jenem Bereich, jenem Territorium, das sie oder ihre Organe effektiv kontrollieren, institutionell durchsetzt – das jedenfalls war schon die Überzeugung Jean-Jacques Rousseaus. Mit der Globalisierung und vor allem mit der kommunikationstechnisch verdichteten Öffnung der Märkte, der Finanzmärkte, an denen die von Demokratien zur Finanzierung ihres politischen, rechtlichen und sozialen Betriebs aufgenommenen Kredite gehandelt werden, scheint dieser Kern außer Kraft gesetzt worden zu sein. Allen Anstrengungen der politischen Organe der EU zum Trotz etwa wird um der Rettung eines institutionellen Arrangements – der Währung des Euro – willen zumindest in einzelnen Ländern der Wille des Volkes, der in diesem Fall oft genug mit dem Willen der Mehrheit der Bevölkerung identisch ist, systematisch missachtet. In Griechenland – diese Krise dauert noch immer an – etwa sollten der dortigen arbeitenden Bevölkerung unter dem Druck der sogenannten Troika Erhöhungen der Wochenarbeitszeit, Lohnkürzungen, Entlassungen und gravierende Verschlechterungen beispielsweise der Gesundheitsversorgung aufgenötigt werden, aufgenötigt von Vertretern internationaler Institutionen, die von niemandem gewählt wurden, durchgesetzt von einer (Koalitions-)Regierung, die das griechische Wahlvolk zwar (mit-)gewählt, aber auf deren Zusammensetzung es keinen Einfluss hatte. Das hat sich seit März 2015 durch den Druck der Gläubigerstaaten geändert – gleichwohl hat auch die Wahl einer politischen Mehrheit, die sich den Diktaten von Europäischer Zentralbank und

1 Vgl. Ulrich Beck: *Was ist Globalisierung? Irrtümer des Globalismus – Antworten auf Globalisierung*. Frankfurt am Main: Suhrkamp 1997, S. 115–116.

2 Vgl. David Held: *Soziale Demokratie im globalen Zeitalter*, aus d. Engl. v. Michael Adrian. Frankfurt am Main: Suhrkamp 2007.

EU-Gläubigerstaaten nicht beugen wollte, die Verhältnisse selbst nicht ändern können. Nun ist der politische Wille, sei er der Einzelner oder kollektiver Personen, nie unbegrenzt wirksam gewesen, vielmehr artikuliert sich subjektiver Wille immer und ausschließlich an Umständen oder anderen Willensbekundungen, an denen sich seine Reichweite und sein Durchsetzungsvermögen brechen können. Insofern – so könnte es scheinen – ist an der Beeinträchtigung des politischen Willens durch die Finanzmärkte nichts Neues: Kein Parlamentsbeschluss konnte etwas dagegen ausrichten, wenn ein Land dem anderen den Krieg erklärte, keine Beratung und keine Gesetzgebung konnte – nur kurz vorher, wenn überhaupt – Naturkatastrophen abwenden. Politische Systeme – so ließe sich in der Sprache der Systemtheorie formulieren – befinden sich in Umwelten, mit denen sie zwar kommunizieren, die sie aber nicht effektiv kontrollieren können. Das gilt übrigens für alle Formen politischer Willensbekundung und -durchsetzung, seien sie nun diktatorisch, monarchisch oder eben demokratisch. In dieser Hinsicht scheint die ungeheure Empörung, die sich angesichts der vermeintlichen Unkontrollierbarkeit der Finanzmärkte breitmacht, unbegründet und von einer seit jeher illusorischen Annahme getragen zu sein – nämlich, dass politisches Handeln mit der Ausbreitung rechts- und sozialstaatlicher Formen repräsentativer Demokratie im ‚Westen‘ seit Mitte des zwanzigsten Jahrhunderts nur noch mehr oder minder kontrollierbare Randbedingungen vorfindet. Ein näherer Blick zeigt freilich, dass die Empörung weniger dem Umstand gilt, dass es unkontrollierbare Umstände wie Naturkatastrophen oder unverschuldete Kriege gibt, sondern dass sich die als unkontrollierbar erweisenden Umstände als ungeplante Nebenfolgen oder bewusst riskierte, d. h. in Kauf genommene Folgen des eigenen politischen Handelns erweisen. Als Beispiele können – in ‚westlichen‘ Gesellschaften – die veränderten demographischen Bedingungen, d. h. das Altern durch verbesserte medizinische Versorgung und gesündere Lebensstile, ebenso gelten wie die gesetzgeberische Öffnung nationaler Märkte für hochspekulative Finanzprodukte. Dabei erging es der (nationalen) Politik kaum anders als Goethes *Zauberlehrling*, der die Geister, die er rief, nicht mehr loswurde:

[...]

Und sie laufen! Naß und nässer
Wirtd im Saal und auf den Stufen
Welch entsetzliches Gewässer!
Herr und Meister, hör mich rufen!
Ach! da kommt der Meister!

Herr, die Noth ist groß!
Die ich rief, die Geister
Werd ich nun nicht los
„In die Ecke
Besen! Besen
Seyds gewesen!
Denn als Geister
Ruft euch nur, zu seinem Zwecke
Erst hervor der alte Meister.“³

Die Versuche der Regierungen der EU, der Krise durch Absprachen, ‚Rettungsschirme‘ sowie Ankäufe von Staatsschulden durch Zentral- und Notenbanken Herr zu werden, lassen sich als verzweifelte Versuche verstehen, einen abwesenden Meister zu beschwören, eine Instanz, eine Macht, der es gelingen könnte, die selbst verursachten Wirkungen eigener Entscheidungen zu beenden. Das hat inzwischen der Sozialwissenschaftler Wolfgang Streeck in seiner Studie *Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus* akribisch nachgewiesen und damit zugleich die bohrende Frage gestellt, ob und wie es möglich sein soll, die scheinbar unaufhaltbare Entwicklung zu einer ‚marktkonformen Demokratie‘ aufzuhalten und zu einem ‚demokratiekonformen Markt‘ zurückzukehren.⁴ Dass in dieser Entwicklung zu einer marktkonformen Demokratie die verbürgten demokratischen Mitbestimmungsrechte der Parlamente womöglich verletzt werden, zeigen Auseinandersetzungen vor dem Bundesverfassungsgericht ebenso wie der Aufstieg der rechtsextremen AfD zur drittstärksten Partei im deutschen Bundestag. Rettung der Handlungsfähigkeit des politischen Systems auf Kosten der Demokratie? Damit kommt ein zweites Element ins Spiel, das weniger das Steuerungsversagen des politischen Systems in Bezug auf seine ‚äußeren‘ Umwelten ins Zentrum rückt als vielmehr den Umstand, dass das politische System selbst den gesetzten demokratischen Normen sowie der Verheißung auf allseitige Mitsprache und Vollmacht all jener, die diesen Normen zu folgen verpflichtet sind, nicht mehr einlöst. Als Stichwort kann hier – für den deutschen Kontext – der Begriff des ‚Wutbürgers‘ gelten, für die USA – mit gänzlich anderen Inhalten die Tea Party sowie – für Griechenland oft gewaltsame

3 Johann Wolfgang Goethe: Der Zauberlehrling, 1798. [http://www.zeno.org/Literatur/M/Goethe,+Johann+Wolfgang/Gedichte/Gedichte+\(Ausgabe+letzter+Hand.+1827\)/Balladen/Der+Zauberlehrling](http://www.zeno.org/Literatur/M/Goethe,+Johann+Wolfgang/Gedichte/Gedichte+(Ausgabe+letzter+Hand.+1827)/Balladen/Der+Zauberlehrling) (Zugriff am 02.05.2018).

4 Wolfgang Streeck: *Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus*. Berlin: Suhrkamp 2013.

Demonstrationen. Freilich haben sich die Deutung und das theoretische Verständnis derartiger Phänomene und Bewegungen in den letzten dreißig Jahren stark geändert. Wurden derartige Phänomene in den siebziger Jahren noch als *Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus* – so der Titel eines berühmt gewordenen Buchs von Jürgen Habermas⁵ – analysiert, so gehen politische Theorie und politische Philosophie heute einen Schritt weiter und fragen nicht nur ob, sondern behaupten, dass es überhaupt nicht mehr um „Legitimationsprobleme“ geht, sondern dass sich tatsächlich ein bereits tiefgreifender, womöglich nicht mehr umkehrbarer Wandel vollzogen hat, nämlich der Wandel von der Demokratie als politischer Herrschaftsform zur *Postdemokratie* – so der Titel der die Debatte bestimmenden Schrift des britischen Politikwissenschaftlers Colin Crouch.⁶ Doch was hat dieser dramatische Wandel mit unserem Verständnis von Bildung zu tun? Und auf welche aktuellen, viel zu wenig berücksichtigten Probleme ist künftig zu achten? Hat die Demokratie noch eine Chance und, wenn ja, worauf kann sie bauen? Welche Chancen und Risiken bestehen? Kann Bildung, kann Bildungspolitik dieser Auszehrung der Demokratie etwas entgegensetzen? Oder ist sie selbst in ihrer aktuellen Form – vom sogenannten Bologna-Prozess bis zu den Debatten über eine in mehreren deutschen Bundesländern inzwischen zurückgenommene verkürzte Gymnasialzeit – Ausdruck dieses Demokratieverlusts?

Um dies zu beantworten, bedarf es eines genaueren Blicks auf die demographische Lage der deutschen Gesellschaft. Sie altert, der Anteil von Kindern und Jugendlichen nimmt im Verhältnis zur erwachsenen, wahlberechtigten Bevölkerung ab und wird in absehbarer Zeit weiter abnehmen, weswegen Befürchtungen, dass politische Entscheidungen dadurch immer stärker auf die Bewahrung des Status quo und weniger auf die Auseinandersetzung mit Zukunftsfragen setzen, keineswegs unbegründet sind. Zugleich verändert sich die ethnische Zusammensetzung der deutschen Gesellschaft massiv: Nicht nur ist die Bundesrepublik nach den USA unter allen Staaten, nicht nur der EU, das Land mit der höchsten Immigrationsrate, nein, mit einem Bevölkerungsanteil von bald 20 %, die aus Immigrantenfamilien stammen, tatsächlich eine multikulturelle Gesellschaft – und das dem Umstand zum Trotz, dass der ‚Multikulturalismus‘ als politisches Ziel weitgehend abgeschrieben ist. Mindestens für die großen Städte aber gilt

5 Vgl. Jürgen Habermas: *Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus*. Frankfurt am Main: Suhrkamp 1971.

6 Vgl. Colin Crouch: *Postdemokratie*, aus d. Engl. v. Nikolaus Gramm. Berlin: Suhrkamp 2008.

und wird weiter gelten, dass heute und in absehbarer Zeit in Kindergärten und Schulen rund 50 % ethnisch gesehen keine Deutschen mehr sein werden.⁷ Das provoziert nicht nur mannigfache ‚Integrationsprobleme‘, von denen das erhebliche Interesse etwa an den Büchern von Thilo Sarrazin oder Heinz Buschkowsky zeugte, sondern auch Fragen, die die spezifische Form der politischen Kultur in Deutschland tangieren. Tatsächlich hat sich in Deutschland inzwischen eine Art breitenwirksamer ‚Verfassungspatriotismus‘ niedergeschlagen, was sich etwa darin zeigt, dass einer repräsentativen Umfrage aus dem Januar 2013 gemäß 85 % aller Befragten den „Erhalt von Demokratie und Freiheit“ als wichtigsten Indikator für Wohlstand des Landes hielten, während nur 55 % einen Abbau der Staatsverschuldung und nur 27 % eine Steigerung der Lebenserwartung als besonders wichtig erachteten.⁸ Im Frühjahr 2017 immerhin galt, dass rund 13 % der Befragten alles in allem gesehen sehr zufrieden damit waren, wie die Demokratie in Deutschland funktioniert. Überhaupt nicht zufrieden mit der Demokratie in Deutschland waren dagegen rund 5 % der Befragten.⁹ Der Geist der politischen Kultur in diesem Land wurde vor fünf Jahren, im Januar 2013, deutlich, als im Bundestag die neunzigjährige Holocaustüberlebende Inge Deutschkron anlässlich des achtzigsten Jahrestags der Machtübernahme Hitlers im Januar 1933 hielt, hat die sehr zögernd beginnende, sich dann in bald sechzig Jahren allmählich steigierende Auseinandersetzung der deutschen Gesellschaft mit dem Holocaust das Bewusstsein für die Prinzipien des Grundgesetzes gestärkt. Dass die Würde des Menschen unantastbar ist und es in der moralischen Verantwortung aller Bürger*innen des Landes liegt, dieses Prinzip zu beachten und zu achten, wurde in der Geschichte der Bundesrepublik durch eine immer intensivere Auseinandersetzung mit den nationalsozialistischen, quantitativ und qualitativ kaum vorstellbaren Gräueltaten mitbewirkt: an Taten also, an denen deutlich wird, was es heißt, dass diese

7 Statistisches Bundesamt: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung mit Migrationshintergrund – Ergebnisse des Mikrozensus 2016. https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Bevoelkerung/MigrationIntegration/Migrationshintergrund2010220167004.pdf;jsessionid=7B62EA94686F8B86B45D350F7FACFF31.InternetLive2?__blob=publicationFile (Zugriff am 22.02.2018).

8 Vgl. Marco Giesselmann / Richard Hilmer / Nico A. Siegel / Gert G. Wagner: Alternative Wohlstandsmessung. Neun Indikatoren können das Bruttoinlandsprodukt ergänzen und relativieren. In: *DIW Online*, 2013, S. 6. https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.416405.de/13-9-1.pdf (Zugriff am 02.05.2018).

9 Sind Sie mit der Art und Weise, wie die Demokratie in Deutschland funktioniert, alles in allem gesehen zufrieden? In: *Statista. Das Statistik-Portal*. <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/153854/umfrage/zufriedenheit-mit-der-demokratie-in-deutschland/> (Zugriff am 26.02.2018).

Würde verletzt wird. Ohne dass es bei alledem in den letzten Jahren – anders als in den Anfangsjahren der Bundesrepublik – noch um die Frage einer möglichen Kollektivschuld ging, wurde doch deutlich, dass angesichts dieser Vergangenheit eine staatsbürgerliche Verantwortung besteht, eine Verantwortung, aus der in der Bundesrepublik, in Europa und in der Welt insgesamt eine besondere Sensibilität, ein besonderes Eintreten für die Menschenrechte erwächst. Was aber, wenn man es mit einem zunehmenden Anteil an künftigen Staatsbürger*innen zu tun hat, deren Familiengeschichte überhaupt keine oder – wenn überhaupt – nur schwache Verbindungen zur NS-Zeit aufweist? Einfach deshalb, weil ihre Eltern und Großeltern, gar ihre Urgroßeltern nicht aus Mitteleuropa, sondern von den westlichen oder östlichen Rändern des Mittelmeers nach Deutschland einwanderten?¹⁰ Lässt sich mühsam genug erreichte historische Sensibilität durch Schulunterricht erzielen? Dazu vorliegende Studien ergeben ein durchaus ambivalentes, Studien zum historischen Bewusstsein von Kindern aus Immigrantenfamilien ein geradezu negatives Bild. Zu einem demographisch verursachten Mangel an Zukunftsorientierungen und einer womöglich durch Einwanderung verursachten Schwächung historischer Erfahrung tritt endlich noch eine wachsende Unzufriedenheit mit der aktuellen Form der repräsentativ parlamentarischen Demokratie. Dies schlägt sich nicht nur in gelegentlich sinkenden Wahlbeteiligungen nieder, in einer niedrigen Wertschätzung von Berufspolitikern*innen, sondern auch in öffentlichen Konflikten von Bürger*innen als Planungsbetroffenen und Steuerzahler*innen mit ‚der Politik‘, wofür der an der Auseinandersetzung um Stuttgart 21 prominent gewordene Begriff der ‚Wutbürger‘ ebenso steht wie der plötzliche Aufstieg und schnelle Niedergang der Partei Die Piraten. Doch ist auch dieses Aufbegehren keineswegs nur positiv zu bewerten: So konnte eine Studie zeigen, dass jene, die sich an diesen Protesten beteiligen, einer genau umschreibbaren Gruppe meist älterer, bereits jenseits des Arbeitslebens stehender, in der Regel gut gebildeter Männer angehören, Männer, die einer technokratischen, expertokratischen Weltsicht anhängen und meist genau umschreibbaren, partikularen Interessen folgen. Der pensionierte Diplomingenieur stellt die sprichwörtliche Verkörperung dieser Gruppe dar.¹¹ Vor allem aber wirft die Überrepräsentation solcher Gruppen in den Protestbewegungen ein eigentümliches Licht auf den Protest bzw. seine Rolle und Funktion in parlamentarischen Demokratien heute: Tatsächlich erweist sich die mit diesen

10 Vgl. Viola B. Georgi: *Entliebene Erinnerung. Geschichtsbilder junger Migranten in Deutschland*. Hamburg: Hamburger Edition 2003.

11 Vgl. Stine Marg/Franz Walter (Hrsg.): *Die neue Macht der Bürger. Was motiviert die Protestbewegungen?* Reinbek: Rowohlt 2013.

Bewegungen verbundene Idee der sogenannten partizipatorischen Demokratie als ein genau beschreibbares Projekt gehobener Mittelschichten, die über derlei Protestaktionen ihren Einfluss oftmals zuungunsten schwächerer Bevölkerungsgruppen geltend machen. Als Beispiel dafür möge die zu Beginn des Jahres 2013 in Berlin geführte Auseinandersetzung über das mögliche Bebauen von Freiflächen gelten, die – so mit Wohnungen bebaut – den Anstieg der Mietpreise dämpfen könnte. Ein massiv geführter bürgerlicher Protest dagegen kämpft auch weiterhin für freie Sicht und weniger Verschattung. Auf all diese Phänomene freilich, und das ist fast noch gravierender, reagiert ein erheblicher Teil der Politikwissenschaft und der politischen Philosophie mit Kritiken und Analysen, die ein schon eingetretenes Ende der Demokratie diagnostizieren. Um diese drei, einander wechselseitig verstärkenden Tendenzen soll es im Folgenden gehen: erstens, ein relatives, quantitatives Abnehmen der Jugend an der Wahlbevölkerung, zweitens, ein nachlassendes historisches Bewusstsein sowie drittens, die Erosion der Demokratie in ihrer herkömmlichen und vertrauten Form. Dabei ist besonders zu berücksichtigen, dass die Weltgesellschaft durch Medien, Tourismus, Handel, Verkehr und Kommunikation immer weniger nationalstaatliche Grenzen kennt, außer jenen politischen Grenzen, die nur und ausschließlich noch dem Aufhalten und Zurückhalten von Menschen dienen.

Zudem: Unter der Überschrift *Stirbt der Kapitalismus?* haben vor nun bereits fünf Jahren makrosoziologisch und historisch arbeitende Forscher, Immanuel Wallerstein, Randall Collins, Michael Mann, Georgi Derluguian und Craig Calhoun, verschiedene Szenarien für gesellschaftliche Entwicklungen in den nächsten vier Jahrzehnten entwickelt, die eine grundlegende Umformung der kapitalistischen Basis gegenwärtiger Gesellschaften jedenfalls nicht für völlig unmöglich halten. In unserem Zusammenhang – der Frage nach möglichen Kräften der Veränderung, früher sprach man vom „revolutionären Subjekt“ – sind insbesondere die Überlegungen Randall Collins' von besonderem Interesse:

Da durch die Mechanisierung die Arbeiterklasse schrumpfte, wurde der Kapitalismus gerettet durch den Aufstieg der Mittelschicht. Heute dezimieren Computerisierung, das Internet und die Flut neuer mikroelektronischer Geräte die Mittelschicht. Kann der Kapitalismus diesen zweiten technologischen Rationalisierungsschub überstehen?¹²

12 Randall Collins: Das Ende der Mittelschichtarbeit. Keine weiteren Auswege. In: Ders. / Immanuel Maurice Wallerstein / Michael Mann / Georgi Derluguian / Craig Calhoun: *Stirbt der Kapitalismus? Fünf Szenarien für das 21. Jahrhundert* [2013], aus d. Engl. v. Thomas Laugstien. Frankfurt am Main / New York: Campus 2014, S. 49–88, hier S. 51.

Hier ist nicht der Ort, um Collins sorgfältige Krisenanalyse im Einzelnen zu überprüfen. Im Zusammenhang gesellschaftlicher Bewusstwerdung ist freilich sein Szenario „Ausweg“, um den Kapitalismus zu retten, von besonderem Interesse: die Inflation von Bildungstiteln und andere, verdeckte Keynesianismen. Der wachsende Anteil an Bildungszertifikaten, der kurzfristige Entlastungen des Arbeitsmarkts bewirkt, zeitigt freilich eine eigene, dialektische Dynamik:

Schul- und Hochschulabschlüsse sind eine Währung, die das Sozialprestige bewertet und als Zugang zu Arbeitsplätzen gehandelt wird. Wie jede Währung führt sie zu inflationierten Preisen [...] – in diesem Fall auf ein immer stärker umkämpftes Angebot an oberen Mittelschichtjobs. Die Inflationierung der Bildung hat eine Eigendynamik; für den einzelnen Absolventen besteht die beste Antwort auf ihren absinkenden Wert im Erwerb von noch mehr Bildung.¹³

Die folgenden Überlegungen gehen die Frage nach der Zukunftsfähigkeit der Demokratie unter den genannten Bedingungen grundsätzlich an. Sie lassen sich von der schon zu Beginn der europäischen Kultur, in der griechischen Antike gefassten Überzeugung leiten, dass auf Freiheit zielende und auf Freiheit basierende politische Gemeinschaften auf gebildete Bürger*innen angewiesen sind und damit Erziehung und Bildung der Schlüssel für politische Systeme sind, die ihren Namen „Demokratie“ zu Recht tragen. Diese Annahme scheint selbstverständlicher und vertrauter, als sie es der Sache nach ist. So richtig es nämlich ist, dass etwa in diesem (rohstoffarmen) Land zu wenig öffentliche Mittel für den Ausbau der Bildungssysteme bereitgestellt werden, so wenig wird noch bedacht, wie denn das Verhältnis von Bildung und Demokratie in der Sache zu denken ist.

Daher schlägt diese Untersuchung den Weg einer historischen und philosophischen Vergewisserung ein. Im Nachvollzug von Überlegungen Platons, Rousseaus, Hegels und Deweys, mit Blick auf das historisch-gesellschaftliche Verhältnis von Demokratie, Freiheit und Bildungsinstitutionen sowie im Blick auf weltgesellschaftliche Entwicklungen der Gegenwart soll der Gedanke untermauert werden, dass nur Gesellschaften mit gebildeten Bürger*innen als Demokratien zukunftsfähig sind, es also bei Bildungspolitik um mehr als nur um einen im Vergleich zur Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik eher marginalen Sektor geht, nämlich um die Frage, ob auch in Zukunft Freiheit das Prinzip gesellschaftlichen Zusammenlebens sein kann. Dabei gilt es, nüchtern zu bleiben:

13 Ebd., S.67.

Relativer Wohlstand und subjektive Zufriedenheit können auch unter Bedingungen politischer Unfreiheit bestehen. Entscheidend ist aber dann, dass unter ‚Bildung‘, ‚höherer Bildung‘ gar nicht nur ein sogenannter höherer Abschluss, der zu einem Hochschulstudium welcher Art auch immer berechtigt, verstanden wird, sondern eine bestimmte Persönlichkeits- und Charakterdisposition, auf deren einzelne Merkmale noch einzugehen ist. Dass sich Bildung gerade gegenwärtig von allen Inhalten entfernt und vor allem als ökonomische Ressource betrachtet wird – auch das geht wesentlich auf die oben erwähnte, tiefgreifende soziale und ökonomische Krise ‚westlicher‘ Gesellschaften zurück. In ihnen allemal, aber auch in den ‚westlichen Segmenten‘ sich entwickelnder Gesellschaften des Globalen Südens hat sich seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs eine mit dem Zeugen und Erziehen von Kindern verbundene, tiefsitzende Haltung verankert, nach der es – wenn auch in ganz unterschiedlichen Weisen – den jeweils neuen Generationen ‚besser gehen‘ müsse als der Generation ihrer Eltern, wobei das Kriterium für *besser* letztlich die Einkommenshöhe, qualifizierte Arbeitsplätze und nicht zuletzt deren Sicherheit ist. Dieser Anspruch aber scheint sich – jedenfalls im europäischen Rahmen – vor allem in Deutschland belastend auf die Generationenbeziehungen in den Mittelschichten auszuwirken. So antwortet der Direktor des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung, Norbert Schneider, auf die Frage, warum gerade in Deutschland Kinder so einem hohen Leistungsdruck ausgesetzt sind:

Natürlich wollen Eltern überall auf der Welt das Beste für ihre Kinder – aber nicht in einem solchen Maße wie bei uns. Die Erwartungen an die Erfolge der eigenen Kinder sind enorm, und damit steigt auch das Risiko des Scheiterns. Die Gelassenheit und das Vertrauen, dass unsere Kinder ihren Weg gehen, egal, ob wir sie nun in die Klavierstunde fahren oder täglich mit ihnen Vokabeln lernen, fehlen uns.¹⁴

Schneider bezieht sich nicht auf die spezifische ökonomische und auch bildungspolitische Erfolgsgeschichte Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg, sondern betont in besonderer Weise eher unhistorisch verstandene deutschen ‚Tugenden‘:

14 Norbert Schneider: Nirgendwo sonst stehen Eltern so unter Druck. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 09.01.2013. <http://www.faz.net/frankfurter-allgemeine-zeitung/bevoelkerungsforscher-schneider-nirgendwo-sonst-stehen-eltern-so-unter-druck-12018527.html> (Zugriff am 22.02.2018).

Das hat mit spezifisch deutschen Tugenden zu tun: Wir sind wirtschaftlich so erfolgreich, weil wir uns mehr anstrengen als andere Nationen. Unser Überengagement im Beruf erschwert wiederum die Vereinbarkeit: Uns fehlt schlicht die Zeit für Kinder. Zum ändern übertragen wir den Perfektionismus des Berufslebens ins Private: sowohl in die Kindererziehung als auch in die Partnerschaft. Die Erwartungen, die Menschen an ihre Partner haben, sind so überzogen, dass sie die Stabilität vieler Ehen bedrohen – auch das ist schlecht für die Familiengründung.¹⁵

Diese, vor allem in bevölkerungspolitischer Absicht geäußerten Überlegungen – es ging um die im Vergleich zu anderen ‚westlichen‘ Ländern besonders niedrige Geburtenrate in Deutschland –, könnten jedoch auch Konsequenzen für die demokratische Entwicklung einer solchen Gesellschaft und für ihre innere Stabilität haben. Zumindest ist im Erziehungsverhalten der Mittelschichten eine emotionale und psychische Überlastung der Kinder festzustellen.

Zudem hat eine 2013 von der UNICEF publizierte Studie Merkwürdiges belegt: Obwohl die Kinder in Deutschland alles in allem gesünder leben, besser versorgt sind und unter weniger Gewalt leiden als anderswo, sind sie weniger zufrieden mit ihrem Leben.¹⁶ Freilich ist die Aussagekraft der Studie mit Blick auf statistische Fehler scharfer Kritik unterzogen worden, gleichwohl haben Kindheitsforscher wie Hans Bertram angemahnt, dass die Deutschen ihre Kinder nicht überfordern, sie nicht einem zu großen Lern- und Qualifikationsdruck aussetzen sollen. Bertram, ein methodisch genauer und seine Worte wohl wägender Wissenschaftler, diagnostiziert:

Wir sehen Kinder als Humankapital, aber wir sehen sie nicht unbedingt als Kinder. Auch unser schulisches Leistungssystem haben wir inzwischen sehr stark daraufhin zugespitzt, dass Kinder möglichst in Deutsch und Mathe besonders gut sind. Ihre soziale Entwicklung spielt in der öffentlichen Debatte kaum eine Rolle. Wir haben einen ganz engen Blick. Und möglicherweise merken die Kinder, dass sie nicht als Person wahrgenommen werden, sondern nur als potentieller Leistungsträger.¹⁷

15 Ebd.

16 Vgl. Peter Adamson: Leistungsstark, aber unglücklich? UNICEF-Bericht zur Lage der Kinder in Industrieländern 2013, 10.04.2013. <http://www.unicef.de/presse/2013/unicef-bericht-20130/> (Zugriff am 26.11.2017).

17 Julia Schaaf: „Die griechischen Eltern gehen anders mit ihren Kindern um“. Interview mit Hans Bertram. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 13.04.2013. <http://www.faz.net/aktuell/gesellschaft/familie/nach-der-unicef-studie-die-griechischen-eltern-gehen-anders-mit-ihren-kindern-um-12148176.html> (Zugriff am 22.02.2018).

Dafür liegen bisher – das sei ausdrücklich vermerkt – noch keine belastbaren Anzeichen vor: Das Phänomen der sogenannten Demokratieverdrossenheit ist – nicht nur in Deutschland – vor allem ein Phänomen in jenen sozialen Milieus, deren Mitglieder vom Arbeitsmarkt ebenso ausgeschlossen sind wie von Laufbahnen in weiterführenden Bildungseinrichtungen. Die sinkende Wahlbeteiligung in kleineren Bundesländern wie etwa im Mai 2015 in Bremen belegen dies – aber auch international ist derselbe Trend zu vermerken: Die Wahlbeteiligung zumal ärmerer, formal minder gebildeter Schichten sinkt kontinuierlich, die der ökonomisch besser gestellten entsprechend proportional – was zu nichts anderem führt, als dass sich auch die politischen Parteien von links bis rechts immer stärker an den Interessen der ‚Bessergestellten‘ ausrichten: Wenn man so will: eine moderate *Rechtsverschiebung* des ganzen politischen Systems. Kontinuierlich zu unterscheiden sind gleichwohl zwei grundverschiedene Ausprägungen dessen, was mit diesem Begriff bezeichnet wird: Das Milieu der dauerhaft vom Arbeitsmarkt Ausgeschlossenen und ihrer Kinder ist völlig anderer Art als die bisweilen tatsächlich immer häufiger vorkommende ‚Berufsbioographie‘ der Absolvent*innen weiterführender Bildungsgänge bis hin zu Universitätsabschlüssen, die womöglich nie in ihrem Berufsleben einen unbefristeten und ungefährdeten Arbeitsplatz innehaben werden. Idealtypisch lassen sich dann – je nach Position im sozialen Gefüge – zwei Haltungen zur Politik und zur parlamentarischen Demokratie finden: Interessellosigkeit und Apathie am einen Ende des Spektrums bzw. extreme Unzufriedenheit sowie daraus resultierendes verstärktes politisches, selbstverständlich außerparlamentarisches Engagement. Während sich also die sozialen ‚Unterschichten‘ zunehmend schweigend und damit völlig unberechenbar aus der politischen Kultur der parlamentarischen Demokratie verabschieden, kündigt nicht nur das, was früher als „akademisches Proletariat“ bezeichnet wurde – heute spricht man besser vom „akademischen Prekariat“¹⁸ –, der parlamentarischen Demokratie die Loyalität auf, sondern auch Teile eines ansonsten in jeder Hinsicht wohl integrierten (Bildungs-)Bürgertums.

Was kann, was soll das öffentliche Bildungswesen, aber auch die familiäre Erziehung in dieser Situation leisten, einer Situation, die sich künftig dadurch auszeichnen kann, dass die lange gewohnte Verbindung von Demokratie und wachsendem Wohlstand erodiert? Ist es überhaupt möglich, demokratische Lebensformen und demokratische, politische Institutionen aufrechtzuerhalten, wenn größere Teile der Bevölkerung wachsende Wohlstandseinbußen hinnehmen müssen? Würde sich dann nicht doch erweisen, dass die politische

18 Isabell Lorey: *Die Regierung der Prekären*. Wien / Berlin: Turia + Kant 2012.

Demokratie letztlich eine ‚Schönwetterdemokratie‘ ist, die nur solange aufrecht erhalten werden kann, solange die ökonomischen Erwartungen und ein definiertes Wohlstandsminimum des größten Teils der Bevölkerung eingelöst werden? Und umgekehrt: Wäre es überhaupt sinnvoll und wünschenswert, dass dort, wo große Armut herrscht, auch die Demokratie funktioniert? Wäre damit nicht eine Einsicht der politischen Philosophie seit Hegel, gewiss aber seit Marx übergegangen, wonach politische Freiheiten, die nur einige genießen, gar keine sind, mehr noch: dass auch jene wenig besser Gestellten dann in einem substantiellen Sinn gar nicht mehr als *frei* gelten können?

Nur wolle man ja nicht glauben, daß der Mensch erst jenes lange und mühsame Raisonement anzustellen habe, welches wir geführt haben, um sich begreiflich zu machen, daß ein gewisser Körper außer ihm einem Wesen seines Gleichen angehöre.¹⁹

19 Johann Gottlieb Fichte: Grundlage des Naturrechts nach Principien der Wissenschaftslehre. In: Ders.: *Werke*, hrsg. v. Immanuel Hermann Fichte, Bd. 3: Zur Rechts- und Sittenlehre. Berlin: de Gruyter 1971, S. 1–385, hier S. 81.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese
Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie;
detaillierte bibliografische Daten sind im Internet
über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© 2018 Neofelis Verlag GmbH, Berlin
www.neofelis-verlag.de
Alle Rechte vorbehalten.

Umschlaggestaltung: Marija Skara
Lektorat & Satz: Neofelis Verlag (fs / ae)
Druck: PRESSEL Digitaler Produktionsdruck, Remshalden
Gedruckt auf FSC-zertifiziertem Papier.
ISBN (Print): 978-3-95808-134-5
ISBN (PDF): 978-3-95808-184-0